



FPÖ-Generalsekretär Vilimsky
„Intensivere Kooperation“
mit der deutschen Pro-Bewegung

Rechtsaußenstelle Köln

Deutschland. Die FPÖ hat einen neuen Verbündeten: die deutsche Pro-Bewegung. Unter dem Deckmäntelchen harmloser Bürgerlichkeit verbreitet die Partei rassistisches Gedankengut.

Von Marion Kraske

Der Ort der Pressekonferenz war mit Bedacht gewählt: Die Leverkusener Villa Wuppermann, ein repräsentatives Fabrikantenanwesen, wird von Festgemeinschaften gern für Hochzeiten und andere Feierlichkeiten gebucht. Ende Oktober des vergangenen Jahres schlossen die FPÖ und die deutsche „Pro NRW“ (Nordrhein-Westfalen) hier eine Art Bund fürs Leben. Generalsekretär Harald Vilimsky war für die Verbrüderung eigens in die rheinische Provinz gereist, um mit den Deutschen eine „intensivere Kooperation“ einzugehen. Mithilfe der Freiheitlichen, schwadronierte der Pro-Vorsitzende Markus Beisicht, werde man die Parteienlandschaft Deutschlands gründlich verändern. Schon bezeichnet sich der Rheinländer als „freiheitliche Außenstelle“.

Dabei ist seine Pro-Partei im deutschen Politikbetrieb bislang ein kleines Licht. In Nordrhein-Westfalen setzt sie sich jedoch lautstark in Szene. „Keinen Cent für Griechenland“, lautete die Forderung, als das südliche EU-Land 2010 in finanzielle Schieflage geriet. Das Krisenmanagement der EU sei mangelhaft, es müsse eine Euro-Kernzone gegründet und die „Weichländer“ müssten hinausgedrängt werden, wettete der Parteichef mit schnarrender Stimme.

Bei den vergangenen Landtagswahlen kam Beisichts Partei auf magere 1,4 Prozent

der Stimmen, anderswo laborieren Ableger ebenfalls fernab der Wahrnehmungsgrenze. Dennoch bezeichnet Beisicht seine Partei gerne als Bürgerbewegung.

Der studierte Jurist betreibt in Leverkusen-Opladen eine kleine Anwaltskanzlei, im Empfangsbereich heften gepiercte Bürohelferinnen Akten ab. Nebenan dörft eine Yucca-Palme traurig vor sich hin, und auch die orangefarbenen Sessel im Büro des Herrn Rechtsanwalts haben schon mal bessere Zeiten gesehen. Beisicht selbst mimt in Jeans und Sakko den besorgten Patriot.

Doch so harmlos, wie sich die Partei nach außen präsentiert, ist sie keineswegs. Hinter der Biedermann-Fassade verfolgt sie eine brisante Agenda. „Wir müssen der schleichenden Islamisierung Einhalt gebieten“, fordert Beisicht, um dann das bekannte Repertoire rechtsgerichteter Fremdenfeindlichkeit zu verbreiten: Schlagworte wie „ausländisches Prekariat“ und „Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme“ fallen, Asylsuchende verunglimpft der selbst ernannte Deutschlandretter gerne als „Pseudobürgerkriegsflüchtlinge“.

Die Ablehnung gegenüber den Fremden zeigt sich insbesondere beim Thema Moscheebau: Neben Pro Köln, personell aufs Engste mit der Leverkusener Gruppe verknüpft, zieht auch Pro NRW vehement gegen islamische Gotteshäuser zu Felde.

Als 2007 in Köln Anwohner gegen den

Bau einer Moschee protestierten, gehörte die Pro-Bewegung zu den maßgeblichen Anheizern. Zur Unterstützung der Gesinnungsgenossen gab sich damals auch FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache die Ehre. Der Unterschied zwischen Islam und Islamismus, hetzte der Gast am Rhein, sei „derselbe wie der zwischen Terror und Terrorismus“.

Die Gleichsetzung von Religion und Terrorismus – auch die Pro-Bewegung bedient sich derart reißerischer Stimmungsmache. Regelmäßig erscheint die Partei daher in den Berichten deutscher Verfassungsschützer. Es gebe „Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen“, heißt es beim Verfassungsschutz NRW. Pro NRW schüre in der Bevölkerung Ängste vor Überfremdung, es werde das Bild eines gesellschaftlichen Sündenbocks aufgebaut. Darüber, warnte im vergangenen Jahr der damalige NRW-Innenminister Ingo Wolf, verbreite die Partei ihre antidemokratische und ausländerfeindliche Ideologie.

Sowohl bei Pro NRW als auch bei Pro Köln tummeln sich Aktivisten, die zuvor bei einschlägigen Gruppierungen am rechten Rand Karriere machten. Das Gründungsmitglied von Pro Köln, Manfred Rouhs, gehörte einst der NPD-Jugendorganisation an. Anhänger der NPD stellten mitunter bei Demonstrationen von Pro Köln das klatschende Fußvolk, unter ihnen fand sich auch „SS Sigg“, ein bekannter Neonazi aus Dort-



Pro-Vorsitzender Beisicht
Bei der „freiheitlichen Außenstelle“
tummeln sich ehemalige
NPD-Funktionäre

mund. Bei Pro NRW kümmert sich heute der ehemalige NPD-Funktionär Andreas Molau um das sensible Feld der Öffentlichkeitsarbeit.

Dass in seinen Reihen ehemalige NPD-Funktionäre Platz gefunden haben, stört Beisicht nicht. Das sei nur eine kleine Handvoll, so der Parteichef.

Doch die Zusammenarbeit mit extrem rechten Brandstiftern ist kein Zufall: Auch der Geldgeber der Pro-Bewegung, der Deutsch-Schwede Patrik Brinkmann, ist in der Szene kein Unbekannter. Der millionenschwere Geschäftsmann, der – allen Ernstes – vor der „Einführung der Scharia“ in Deutschland warnt, unterstützt die Pro-Bewegung, nachdem sein Engagement bei den extremen Rechten von DVU und NPD nur mäßigen Erfolg hatte.

„Perfide“. Jetzt helfen Brinkmanns gut gefüllte Konten den Rechtsauslegern aus Leverkusen und Köln, Wahlkampf zu machen. Brinkmann selbst will im Herbst bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus reüssieren.

Jenseits dieser zweifelhaften Kontakte ist Pro NRW indes bemüht, sich mit harmlosen Unterschriftenaktionen als lokal orientierte bürgerliche Bewegung zu tarnen. „Insgesamt betreibt die Pro-Bewegung eine perfide Strategie“, urteilt der Rechtsextremismuskforscher Alexander Häusler von der Universität Düsseldorf. Indem sie Probleme von Integration und Islamismus überzeichne, werde unter dem Deckmantel der Bürgerlichkeit Rassismus als Form der Meinungsfreiheit etabliert.

Mit rund 300 Mitgliedern in NRW steckt die Pro-Bewegung noch in den Kinderschu-

Deutschlands zersplitterte extreme Rechte

PARTEIEN:

DVU

ca. 4500 Mitglieder (2009), seither stark gesunken, Ende 2010: erklärte Fusion mit der NPD

NPD

ca. 6800 (2009), derzeit unklare Mitgliederzahl wg. Fusion

Republikaner (REP)

ca. 6700 Mitglieder (2009), seither stark gesunken, Fusionsgespräche mit der Pro-Bewegung

Pro NRW/Pro Köln

Mitgliederzahl ca. 300, vertreten u. a. in Stadträten von Köln und Leverkusen, weitere Ableger im Aufbau (Berlin)

ANDERE GRUPPIERUNGEN (NEONAZIS):

Kameradschaften, Autonome Nationalisten etc.

Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten: ca. 9000

Quellen: Bundesverfassungsschutz, Verfassungsschutz NRW

hen. Um die Partei auf eine breitere Basis zu stellen, laufen derzeit Gespräche mit der dahindümpelnden Rechtsaußenpartei „Die Republikaner“. Dennoch hat sich die FPÖ die Pro-Bewegung mit Bedacht als Partner gewählt: Anders als in diversen europäischen Ländern existiert bei den Rechtsaußenpartei in Deutschland eine Art Machtvakuum – eine nach außen hin modernisierte, personell verjüngte Rechtspartei nach dem Vorbild der FPÖ oder des belgischen Vlaams Belang, mit der Strache und Co ernsthaft das Projekt einer grenzüberschreitenden, extrem rechten Sammelbewegung nach vorne bringen könnten, suchte man bislang ver-

geblich. Die NPD gilt aufgrund ihrer offenen neonazistischen Ausrichtung und ihrer Nähe zu gewaltbereiten Neonazi-Kameradschaften im Westen Deutschlands weithin als unwählbar.

Trotz zahlreicher inhaltlicher Übereinstimmungen ist Beisicht daher bemüht, sich von der NPD abzusetzen. Nur so kann er neue Wählerschichten ansprechen, etwa frustrierte CDU-Wähler. Dabei helfen sollen die tatkräftigen Unterstützer aus dem Ausland. Erst im Dezember traf sich Beisicht in Brüssel mit Vlaams-Belang-Chef Filip Dewinter, um ein koordiniertes Volksbegehren gegen den EU-Beitritt der Türkei zu besprechen.

Als uneingeschränktes Vorbild gilt Beisicht jedoch der blaue Strahlemann von der Donau. Von Strache könne man lernen, wie man vor allem junge Wähler anspricht, lobt der Deutsche. Was aber ist mit der diskreditierten Seite des Freiheitlichen? Mit der Tatsache, dass man ihm laut Gerichtsurteil eine Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut attestieren darf? Mit seinen unseligen Blut-Assoziationen? Darauf angesprochen, druckst Beisicht herum, um dann zu erklären, dass da offenbar „Mentalitätsunterschiede“ zum Ausdruck kämen.

So ungeltenk der Pro-NRW-Chef auch wirken mag – seine Chancen zur Formierung einer breiter angelegten Rechtsaußenpartei stehen nicht schlecht. „Vorurteile gegen Moslems sind weit verbreitet“, befand Rechtsextremismusexperte Häusler. Das habe nicht zuletzt die große Zustimmung zu den umstrittenen Sarrazin-Thesen gezeigt. Die Pro-Bewegung, so der Wissenschaftler, könne sich daher in Deutschland noch als tickende Zeitbombe erweisen.